

Sebastian Schiek*

Der Afghanistankonflikt als Machtressource für Zentralasien?

In Analysen zur Bedeutung des Afghanistankonflikts für Zentralasien finden sich häufig zwei scheinbar widersprüchliche Thesen: Einerseits wird der Konflikt als ein Sicherheitsproblem für Zentralasien dargestellt. Andererseits wird auch hervorgehoben, dass die zentralasiatischen Staaten vom Chaos in dem Nachbarland profitieren, da die Instabilität Afghanistans eine wichtige Legitimations- und Machtressource für die eigenen Regime sei und deren Position gegenüber den Großmächten stärke.

Was die erste These anbelangt, so wurde bereits mehrfach versucht, sie empirisch zu unterfüttern, die verschiedenen Analysen kamen jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen. Einige Autoren betrachten die Situation primär unter dem Gesichtspunkt eines „inneren Sicherheitsdilemmas“. Anders als in den klassischen Sicherheitstheorien ist die Hauptgefahr für die verhältnismäßig schwach institutionalisierten Regime wie diejenigen in Zentralasien aus dieser Perspektive nicht exogener Natur, sie kommt vielmehr von innen. Nicht ein Angriff von außen, sondern Putsch und Revolution im Innern stehen demnach in der Bedrohungsperzeption im Vordergrund. Selbst bei einer Rückkehr der Taliban müsse – so die Argumentation – nicht von einem Angriff auf Zentralasien ausgegangen werden, da der ideologische und der praktische Fokus der Taliban allein auf Afghanistan liege. Im Falle anhaltender oder gar eskalierender Gewalt in Afghanistan bestehe zwar prinzipiell die Gefahr einer regionalen „Ansteckung“ (*contagion*), diese werde jedoch durch die relativ effektiven Sicherheitsapparate in Zentralasien reduziert. Andere Autoren betonen hingegen – ebenso wie die zentralasiatischen Regime selbst –, dass der Afghanistankonflikt eine reale externe Gefahr für Zentralasien darstelle. Hierfür werden zum einen historische Gründe geltend gemacht: In den 1990er Jahren hatten die Präsidenten Zentralasiens sich angesichts der vorrückenden Taliban höchst besorgt gezeigt und sich aktiv in den Konflikt eingemischt, indem sie *Warlords* in Nordafghanistan im Kampf gegen die Taliban unterstützten. Zum anderen könne die Rückkehr der Taliban oder eine Zunahme der Gewalt im Norden Afghanistans Flüchtlingsströme oder das Überschwappen eines gewaltbereiten Islamismus nach Zentralasien auslösen und damit auch zu einer Destabilisierung Zentralasiens führen.

Während für beide Positionen zur ersten These letztendlich gleichermaßen plausible Argumente hervorgebracht wurden, blieb eine theoriegeleitete Untersuchung der zweiten These, der Afghanistankonflikt sei für die zentralasiatischen Staaten von Nutzen, bislang aus. Der vorliegende Beitrag versucht

* Der Beitrag berücksichtigt die Entwicklungen bis Dezember 2014.

daher die Frage zu beantworten, inwieweit der Afghanistankonflikt eine Machtressource für die Staaten Zentralasiens gegenüber den Großmächten, der internationalen Gemeinschaft und der westlichen Hegemonie in der internationalen Ordnung darstellt. Dieser These liegt die Annahme zugrunde, dass kleine Staaten zwar auf die Zusammenarbeit mit Großmächten angewiesen sind, gleichzeitig aber stets auch versuchen, diese Beziehungen aktiv zu gestalten und sich so viel Spielraum wie möglich zu bewahren. Ob sie es vermeiden können, in völlige Abhängigkeit von einer einzelnen Macht zu geraten, hängt sowohl von inneren als auch von äußeren Faktoren ab. Im vorliegenden Beitrag wird argumentiert, dass der 2001 begonnene Afghanistankrieg und die damit verbundene internationale Aufmerksamkeit für Afghanistan und die angrenzenden Regionen entscheidende Faktoren für die Fähigkeit der zentralasiatischen Staaten sind, ihre Beziehungen zu den Großmächten zu gestalten. Lässt die internationale Aufmerksamkeit für Afghanistan nach, wird dies nicht nur Auswirkungen auf die Kooperation der zentralasiatischen Staaten mit externen Regionalmächten haben, sondern auch ihre Innenpolitik beeinflussen.

Extraversion und Machtressourcen

Inwiefern kann in einem Fall wie dem des Afghanistankonflikts von einer „Machtressource“ für die Nachbarstaaten gesprochen werden? In den internationalen Beziehungen werden kleine und schwache Staaten vor allem als „Objekte“ der Politik regionaler oder internationaler Großmächte, weniger jedoch als eigenständige Akteure wahrgenommen. Kleine Staaten sind aus dieser Perspektive nicht viel mehr als die Erfüllungsgehilfen bei der Umsetzung von Großmachtstrategien. Dabei wird jedoch übersehen, dass auch kleine und schwache Staaten über einen gewissen Handlungsspielraum verfügen, der es ihnen erlaubt, das Verhältnis zu den Großmächten zugunsten ihrer eigenen Interessen zu gestalten. Der Afrikaforscher Jean-François Bayart setzte dem „Paradigma der Unterjochung“ („*yoke paradigm*“) das Konzept der Extraversion entgegen. Das „Paradigma der Unterjochung“ umschreibt die in den internationalen Beziehungen dominante Annahme, dass kleine und schwache Staaten sich permanent „unter dem Joch externer Akteure“¹ befinden. Das Konzept der Extraversion nimmt die Abhängigkeit kleiner Staaten von ihrer externen Umwelt zwar ernst, es lenkt die Aufmerksamkeit aber auch auf deren proaktive Strategien, mit dieser Abhängigkeit und Ungleichheit umzugehen. Im Fokus stehen dabei die Fähigkeiten schwacher Staaten, Probleme zu bewältigen, die typisch für postkoloniale und post-sovietische Staaten sind: „die internationale Bühne einzubeziehen, internati-

1 Jean-François Bayart, *The State in Africa: The Politics of the Belly*, Cambridge 2009, S. 5 (alle Zitate aus fremdsprachigen Texten sind eigene Übersetzungen).

onalen Druck zu reduzieren, das Überleben ihres Regimes sicherzustellen und ihre inneren Gegner zu schwächen“.²

Es gibt verschiedene Techniken der Extraversion, zwei davon sind für diesen Beitrag relevant. Die erste Technik ist die *patron alliance manipulation*, bei der kleine Staaten die Großmächte gegeneinander ausspielen können.³ Seit Russland seinen Status als Hegemonialmacht in Zentralasien verloren hat, kann man von einer multipolaren Ordnung in der Region sprechen. Von dieser Multipolarisierung haben die Staaten Zentralasiens insofern profitiert, als sie sich in manchen Politikfeldern aussuchen können, mit wem sie kooperieren. Die zweite Technik, die Produktion von *Frames* und Repräsentationen (*frames and representations*), ist die Beeinflussung des Bildes, das die Weltgesellschaft von einem bestimmten Staat hat. Während alle Staaten versuchen, positive Bilder für das internationale Publikum zu produzieren, fällt dies kleinen und autoritären Staaten besonders schwer. Erstens entsprechen ihre politischen Strukturen und Praktiken häufig nicht den Normen und Vorstellungen der westlich dominierten internationalen Ordnung; hinzu kommt, dass sie von externen Akteuren oftmals stigmatisiert werden. Zweitens haben kleine Staaten Probleme, ihre Repräsentationen mit „narrativem Material“ zu unterfüttern, während starke Staaten in der Lage sind, ihr *Framing* durch glaubwürdiges Handeln zu untermauern. Ob ein autoritäres Land international als stabil, instabil, demokratisch oder despotisch wahrgenommen wird, ist nicht nur dem Zufall oder der „Wirklichkeit“ geschuldet, sondern kann potenziell beeinflusst werden: „Die herrschenden Eliten dieser Regime formulieren ihre Innen- und Außenpolitik so, dass sie mit den hegemonialen internationalen Diskursen harmonisieren, um so entweder mehr Unterstützung zu erhalten oder einem geringeren Demokratisierungsdruck ausgesetzt zu sein – oder beides.“⁴ Veränderungen in den internationalen Diskursen, die größtenteils von der westlich dominierten internationalen Ordnung gestaltet werden, haben auch Einfluss auf kleine und nichtwestliche Staaten, da sie ihnen Ressourcen zur Verfügung stellen oder entziehen, ihre eigenen Ansprüche zu artikulieren.

Die Möglichkeit sowohl zur *patron alliance manipulation* als auch zur Produktion von *Frames* hängt von externen Faktoren ab, die auch als Machtressourcen der kleinen Staaten verstanden werden können. Die Technik der *patron alliance manipulation* funktioniert nur dann, wenn mehrere Großmächte Interessen in der Region verfolgen und auf die Zusammenarbeit mit den lokalen Staaten angewiesen sind. Veränderungen in der regionalen Ordnung, wie zum Beispiel ein Bürgerkrieg, haben Einfluss auf genau diese Interessenkonstellation und beeinflussen damit auch die Extraversionschan-

2 Cédric Jourde, The International Relations of Small Neauthoritarian States: Islamism, Warlordism, and the Framing of Stability, in: *International Studies Quarterly* 2/2007, S. 481-503, hier: S. 484.

3 Die *patron alliance manipulation* weist starke Ähnlichkeiten mit dem *balancing* des theoretischen Realismus auf.

4 Jourde, a.a.O. (Anm. 2), S. 482.

cen der lokalen Staaten. *Framing* wiederum benötigt diskursives „Material“, das für die Konstruktion von *Frames* und Repräsentationen verwendet werden kann. Die kommunizierten Bedeutungen sind dabei in der Regel niemals gänzlich falsch, stellen aber eine einseitige Überbetonung von Sachverhalten dar. So kann die Gefahr durch Terrorismus in einem Land real sein, die Darstellung der gesamten politischen Opposition als terroristisch entspricht jedoch wohl kaum den Tatsachen. Ein Bürgerkrieg im Nachbarland kann von einem Regime besonders gut als diskursives Material dazu verwendet werden, sich selbst als stabil zu repräsentieren. Auch hier kann also von einer Machtressource gesprochen werden, die die Regime nutzen können, um ihre Interessen zu verfolgen.

Im Folgenden wird empirisch untersucht, welche Rolle der Afghanistankrieg in den Extraversionsstrategien Tadschikistans und Usbekistans gespielt hat. Zur Untersuchung der *patron alliance manipulation* wird dabei vor allem auf Sekundärliteratur zurückgegriffen. Im Vordergrund steht die Frage, inwiefern der Afghanistankonflikt die Extraversionschancen erhöht hat. Bei der zweiten Strategie, der Produktion von *Frames* und Repräsentationen, wurde untersucht, welche Rolle der Afghanistankonflikt bei der Produktion von *Frames* einnimmt.

Innen- und außenpolitischer Kontext

Der innen- und außenpolitische Kontext Usbekistans und Tadschikistans weist sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede auf. Als die neuen Staaten 1991 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion erlangten, standen sie vor denselben Problemen wie postkoloniale Staaten. Sie besaßen wenig Erfahrung in der Außenpolitik, für die bis dahin ausschließlich Moskau zuständig gewesen war, und mussten daher zunächst lernen, ihre eigene Außenpolitik zu formulieren und zu implementieren. Dies galt insbesondere für die zentralasiatischen Staaten. „Ihre Beziehungen mit dem Rest der Welt wurden nicht in erster Linie davon dominiert, was sie wollten, sondern davon, was der Rest der Welt mit Zentralasien tun wollte.“⁵ Die tadschikische Regierung war während des Bürgerkriegs im Kampf gegen die Vereinigte Tadschikische Opposition (VTO) auf die Unterstützung des russischen und des usbekischen Militärs angewiesen.⁶ Usbekistans Außenpolitik gegenüber Afghanistan wurde in den 1990er Jahren wiederum stark von Russland bestimmt. Die 1990er Jahre waren jedoch auch vom Beginn der Zusammenarbeit mit dem Westen gekennzeichnet, die zunächst auch innenpolitische Folgen hatte: Das mit dem Zusammenbruch des Kommunismus entstandene ideologische Vakuum wur-

5 Ahmed Rashid, *The Resurgence of Central Asia. Islam or Nationalism?*, Karachi 1994, S. 209.

6 Vgl. Lena Jonson, *Tajikistan in the New Central Asia. Geopolitics, Great Power Rivalry and Radical Islam*, London 2006. S. 3-4.

de durch die Einbindung in die westlich dominierte Weltgesellschaft und ein Einschwenken auf die dort vorherrschenden Modelle von Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft kompensiert. Letztendlich haben sich diese Modelle jedoch nicht durchgesetzt. Die Selbstbeschreibung beider Staaten als demokratische Republiken steht vielmehr im Widerspruch zu der starken politischen und ökonomischen Machtkonzentration in den Händen der politischen Elite.⁷

Unterschiede betreffen vor allem die Emanzipation von externer Einflussnahme sowie die finanzielle Eigenständigkeit. Sicherheitspolitisch blieb Usbekistan zwar zunächst stark auf Russland ausgerichtet, auf wirtschaftspolitischem Gebiet schlug es jedoch schon früh einen von der Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) abweichenden Kurs ein.⁸ Die stärkere ideologische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wurde durch Usbekistans Ressourcenreichtum begünstigt. Tadschikistan hingegen ist bis heute stärker von externen Zuflüssen abhängig. Ungeachtet der Unterschiede sind beide Staaten jedoch kleine und schwache Staaten innerhalb des internationalen Systems, die auf die Kooperation mit Großmächten angewiesen sind.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnte und wollte Russland den Status als Imperialmacht nicht aufrechterhalten. In der Folge entwickelte sich in der Region eine multipolare Ordnung,⁹ womit jedoch keine Neuaufgabe des „*Great Games*“ einherging, bei dem verschiedene Großmächte um den Status einer Hegemonialmacht kämpfen. Dazu sind die Interessen Russlands, Chinas, der USA und der EU unterschiedlich. Darüber hinaus spielt die Region in der Geopolitik der Großmächte zwar eine gewisse Rolle, ist aber „*no one's top priority*“.¹⁰

Zentralasien wird im Westen als instabile Region wahrgenommen. Die Instabilität wird vor allem mit drei Faktoren verknüpft: schwacher Staatlichkeit, Autoritarismus und der Nähe zu Afghanistan. Das westliche *Framing* Zentralasiens als instabile Region wurde zuletzt besonders deutlich in einem Bericht der *International Crisis Group* (ICG), der eindringlich vor Staatsversagen und Staatszerfall warnt.¹¹ Die in diesem Report aufgezeigten Probleme sind zwar relevant, jedoch lässt sich kritisieren, dass ihre kausale Verknüp-

7 Vgl. Alisher Ilkhamov, Neopatrimonialism, patronage and factionalism in post-Soviet Uzbekistan, in: Daniel Bach/Mamoudou Gazibo (Hrsg.), *Neopatrimonialism in Africa and Beyond*, Abingdon 2012, S. 186-196.

8 Vgl. Herman W. Hoen/Farukh Imazarov, Market reform and institutional change in Kazakhstan and Uzbekistan: paradoxes and prospects, in: Joachim Ahrens/Herman W. Hoen (Hrsg.), *Institutional Reform in Central Asia. Politico-Economic Challenges*, London 2012, S. 3-18.

9 Zur Multipolarität vgl. Detlef Nolte, How to Compare Regional Powers: Analytical Concepts and Research Topics, in: *Review of International Studies* 4/2010, S. 881-901.

10 Uwe Halbach, Zentralasien als Bühne internationaler Politik, in: *Religion und Gesellschaft* 10/2012, S. 14-16, hier: S. 14.

11 Vgl. International Crisis Group, *Central Asia: Decay and Decline*, Asia Report Nr. 201, 3. Februar 2011, unter: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/201-central-asia-decay-and-decline.aspx>.

fung mit Phänomenen wie Staatsversagen und -zerfall auf fragwürdigen Annahmen über die Stabilität und Instabilität autoritärer Regime beruht.¹²

Der durch westliche Akteure ausgeübte Demokratisierungsdruck beruht u.a. auf der Annahme, dass Stabilität nur in liberalen Demokratien erreicht werden kann. Demokratisierung wird daher als Mittel zur Beseitigung der Ursachen für die herrschende Instabilität betrachtet. Der Demokratisierungsdruck wird mittels unterschiedlicher Instrumente wie Wahlbeobachtung, Justiz- und Verwaltungsreformen und zivilgesellschaftlicher Projekte ausgeübt. Generell ist der westliche Demokratisierungsdruck in sich keineswegs schlüssig, sondern eher widersprüchlich und höchst selektiv.¹³ Im Falle Usbekistans kamen auch Sanktionen zur Anwendung. Wichtige Akteure sind die EU und die OSZE, auf bilateraler Ebene auch Staaten wie z.B. die USA. Aus der Sicht der autoritären Regime besonders bedrohlich sind „farbige Revolutionen“, die sie als informelles Instrument zur Demokratieförderung und zum Regimewechsel durch westliche Akteure betrachten.¹⁴

Tadschikistan und Usbekistan haben diesem Demokratisierungsdruck bislang Stand gehalten. Aus herrschaftssoziologischer Perspektive schließen sich liberale Demokratie und die Logik neopatrimonialer Herrschaft gegenseitig aus. Während liberale Demokratie mit der vertikalen und horizontalen Distribution von Machtressourcen einhergeht, erfordert die Logik neopatrimonialer Herrschaft eine starke Machtmonopolisierung.

Usbekistan und Tadschikistan haben sich gegen diesen Demokratisierungsdruck aber nicht nur in Form der im Folgenden untersuchten Extraversionsstrategien gewehrt. Auch ihr Zusammenschluss mit anderen autoritären Staaten in Regionalorganisationen wie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) oder der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) stellt eine Form der „protektiven Integration“ gegen diesen Druck und damit verbundene innere und äußere Bedrohungen dar.¹⁵

Patron Alliance Manipulation

Usbekistan

Der Afghanistankonflikt erhöhte Usbekistans Chancen zur *patron alliance manipulation* erheblich. Die enge Verschränkung mit Russland wurde in den 1990er Jahren als Hindernis für Usbekistans Souveränität und die innere Konsolidierung der Macht betrachtet. Oberstes Ziel war es daher, die Inter-

12 Vgl. John Heathershaw/Nick Megoran, Contesting danger: a new agenda for policy and scholarship on Central Asia, in: *International Affairs* 3/2011, S. 589-612, hier: S. 590-604.

13 Vgl. Steven Levitsky/Lucan A. Way, International Linkage and Democratization, in: *Journal of Democracy* 3/2005, S. 20-34, hier: S. 22.

14 Vgl. Roy Allison, Virtual regionalism, regional structures and regime security in Central Asia, in: *Central Asian Survey* 2/2008, S. 185-202, hier: S. 186.

15 Vgl. ebenda.

dependenzen mit der ehemaligen Imperialmacht zu verringern. Als dies auch weitestgehend gelang, waren die USA als neuer Partner durchaus willkommen. Bereits Ende September 2001 gestattete Usbekistan den USA die Eröffnung eines Luftstützpunktes. Luca Anceschi stellt hierzu jedoch fest, dass es keinesfalls ein gemeinsames Interesse an einer langfristigen Zusammenarbeit gab. Während die USA dies zwar betonten und mit einer „qualitativ neuen, langfristigen Strategie“ begründeten, standen für Usbekistan kurzfristige Prioritäten der Machtpolitik im Vordergrund.¹⁶ Die Zusammenarbeit mit den USA erlaubte Usbekistan die Umsetzung dreier Ziele: erstens, den geschaffenen Abstand zu Russland zu verstärken; zweitens militärische und finanzielle Hilfe von den USA zu bekommen, um damit die religiöse Opposition niederzuhalten; und schließlich erhöhte sie die Legitimität des Karimow-Regimes.¹⁷ Die Zusammenarbeit mit den USA war kurzfristig von Nutzen, wurde längerfristig aber auch als Problem betrachtet, da die USA das Land zwar unterstützten, gleichzeitig jedoch weiterhin ihre Strategie der Demokratieförderung (und des Demokratisierungsdrucks) im postsowjetischen Raum verfolgten und Druck auf Usbekistan ausübten, liberale Reformen durchzuführen. Als die usbekische Regierung 2005 einen Volksaufstand in Andischan brutal niederschlug und anschließend eine von den USA geforderte internationale Untersuchung der Ereignisse verweigerte,¹⁸ nahm sie damit das Ende der Zusammenarbeit mit den USA in Kauf.

Den Wegfall des Kooperationspartners USA kompensierte die Regierung mit einer neuerlichen Hinwendung zu Russland. Während die US-Luftbasis 2005 geschlossen wurde, unterzeichneten Usbekistan und Russland bereits im November desselben Jahres einen Bündnisvertrag, der als „defensive‘ Maßnahme Usbekistans angesichts wachsenden westlichen Drucks“¹⁹ interpretiert werden kann. Damit einher ging auch eine Aufwertung der OVKS, der Usbekistan 2006 erneut beitrug. Neben der Bekämpfung gemeinsamer Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus und Drogenhandel dient die OVKS vor allem auch der „protektiven Integration“ der autoritären Staaten gegen den vom Westen ausgehenden Demokratisierungsdruck.²⁰ Die Hinwendung zu Russland bedeutete allerdings keinen gänzlichen Bruch mit dem Westen. Deutschland konnte seinen seit 2002 betriebenen „Strategischen Lufttransportstützpunkt“ weiterhin nutzen.

Die außenpolitische Neuausrichtung von 2005 war jedoch nicht die letzte. Im Jahr 2012 fand ein weniger tiefgreifender, aber dennoch sichtbarer Schwenk von „Ost“ nach „West“ statt. Obwohl der bilaterale Bündnisvertrag von 2005

16 Vgl. Luca Anceschi, Integrating domestic politics and foreign policy making: the cases of Turkmenistan and Uzbekistan, in: *Central Asia Survey* 2/2010, S. 143-158, hier: S. 150.

17 Vgl. ebenda, S. 151.

18 Vgl. Anna Kreikemeyer, Instability in the Ferghana Valley: International Reactions, in: Andrea Berg/Anna Kreikemeyer (Hrsg.), *Realities of Transformation*, Baden-Baden 2006, S. 227-246, hier: S. 232-234.

19 Farkhod Tolipov, The Strategic Dilemma of Central Asia, in: *Russia in Global Affairs* 4/2006, unter: http://eng.globalaffairs.ru/number/n_7344.

20 Vgl. Allison, a.a.O. (Anm. 14), S. 188-189.

weiterhin in Kraft blieb, verließ Usbekistan erneut die von Russland dominierte OVKS. Für diesen Schritt gibt es mehrere mögliche Erklärungen. Eine davon ist, dass die Mitgliedschaft Usbekistans in der OVKS seine Fähigkeit zur *patron alliance manipulation* einschränkte, der Austritt sie hingegen erhöhte. Die Beziehungen zu den USA gelten mittlerweile wieder als gefestigt. Die Eröffnung eines Verbindungsbüros der NATO in Taschkent im Mai 2014 demonstriert zumindest symbolisch das weiterbestehende Interesse Usbekistans an der Aufrechterhaltung der Beziehungen zum Westen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Usbekistan die Möglichkeiten, die die Multipolarisierung der regionalen Ordnung ab 1991 bot, äußerst geschickt genutzt hat. Kurzfristige Interessen des Regimes wurden durch plötzliche Kursänderungen in der Bündnispolitik verwirklicht. Eröffnet wurde dieser Spielraum vor allem durch den Afghanistankrieg. Die *Operation Enduring Freedom* und der nachfolgende Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) erhöhten das Interesse der USA an der Region enorm; damit trat jedoch gleichzeitig eine Situation ein, in der die USA auf die Kooperation der zentralasiatischen Staaten angewiesen waren. Erst dadurch entstand eine tatsächliche Konkurrenz zwischen den USA und Russland, das die Region nach seinem vorläufigen Rückzug aus Zentralasien wieder enger an sich binden wollte. Auch Usbekistans Politikwechsel im Jahr 2005 fand vor dem Hintergrund eines anhaltenden Interesses der USA im Zusammenhang mit Afghanistan statt. Dieses hatte es Usbekistan ermöglicht, sich von den USA zu distanzieren ohne Gefahr zu laufen, zum Klienten Russlands zu werden. Durch den Wechsel konnte Usbekistan den Demokratisierungsdruck des Westens ins Leere laufen lassen. Gleichzeitig schuf es damit die Voraussetzungen für eine erneute Intensivierung der Kooperation im Rahmen des *Northern Distribution Network* (NDN) zu einem späteren Zeitpunkt, dann jedoch ohne Demokratisierungsdruck.

Tadschikistan

Tadschikistans Fähigkeiten zur *patron alliance manipulation* sind im Vergleich zu Usbekistan aufgrund der größeren Abhängigkeit von Russland stärker eingeschränkt. Zudem ist die Abhängigkeit Tadschikistans vom Geldtransfer der Arbeitsmigranten in Russland eine erhebliche Machtressource für Russland und engt Tadschikistans Spielraum noch weiter ein. Dennoch spielte der Afghanistankonflikt eine wichtige Rolle für die Extraversionschancen Tadschikistans: Zum einen hat er es Tadschikistan ermöglicht, seine Kooperation mit anderen Akteuren als Russland auszubauen. Zum anderen spielte Tadschikistan die Afghanistankarte aus, um umfangreiche materielle Unterstützung zu generieren, die hauptsächlich für die genuinen Interessen des Staates bzw. von Akteuren innerhalb des Staates verwendet wurde.

Die wichtigsten Determinanten der tadschikischen Außenpolitik waren die wirtschaftliche Schwäche des Landes und der Bürgerkrieg in den 1990er Jahren. Beide hatten zur Folge, dass das Überleben des Regimes stark von externen Akteuren abhängig war. Oberste Priorität in der Außenpolitik hatte daher zwangsläufig die Gewährleistung der sicherheitspolitischen und ökonomischen Unterstützung durch externe Akteure.²¹ Historisch bedingt betraf das in den 1990er Jahren vor allem Russland: „Wenn es irgendein Land gab, das als Russlands Hinterhof betrachtet wurde, dann war es Tadschikistan.“²² Als Folge des Bürgerkriegs waren – unter dem Mandat der GUS – russische Truppen in Tadschikistan stationiert, die bis 2005 für die Grenzsicherung zuständig waren, letztlich aber auch das Regime beschützten. Mit dem Afghanistankrieg geriet Tadschikistan plötzlich auch in das Blickfeld anderer Großmächte. Die Regierung versuchte die Gunst der Stunde zu nutzen, indem sie den USA anbot, eine Militärbasis im Land zu eröffnen, was Washington jedoch ablehnte. Zu einer Abkehr von Russland kam es daher nicht. Allerdings nutzte Tadschikistan die Präsenz der USA in der Region für Verhandlungen mit Russland über die Modalitäten einer Fortführung der russischen Militärbasis in Tadschikistan. Der Hebel, den die Regierung hier einsetzte, war die Verzögerung der Verhandlungen mit der Begründung, Möglichkeiten einer verstärkten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den USA zu erkunden.²³ Im Ergebnis änderten sich die Verhandlungsbedingungen entscheidend zu Gunsten Tadschikistans. Eine Folge der Verhandlungen ist jedoch auch, dass Tadschikistan noch auf längere Zeit eng an Russland gebunden bleibt: Am 1. Oktober 2013 verlängerte Tadschikistan den Vertrag mit Russland über die Weiterführung der russischen Militärbasis in Tadschikistan bis 2042.²⁴ Auch die OSZE spielt nach wie vor eine wichtige Rolle im Land, insbesondere bei der Verbesserung der Grenzsicherung. Erfolgreich war das Regime in der Generierung von Unterstützung bei der Bekämpfung von Drogenhandel und Extremismus. Beide Phänomene, die eng mit Afghanistan verbunden sind, stellen tatsächliche Probleme für die Sicherheit des Regimes dar. Zudem ist das Gespenst einer zunehmenden Zusammenarbeit zwischen Extremisten auf afghanischer Seite und Akteuren in Tadschikistan allzeit präsent.²⁵ Tadschikistan hat diese Bedrohungen optimal genutzt, um massive internationale Unterstützung für sich zu generieren.²⁶ Bei der Bekämpfung des Drogenhandels verstand es Tadschikistan, die externen Mittel zugunsten der Aufrüstung des eigenen Sicherheitsapparates einzusetzen, ohne dass dabei die eigentliche Bekämpfung des Drogenhandels

21 Vgl. Jonson, a.a.O. (Anm. 6), S. 3.

22 Ebenda, S. 4.

23 Vgl. Zafar Abdullayev, Tajikistan, Russia Probe Military Partnership, EurasiaNet, 3. März 2004, unter: <http://www.eurasianet.org/print/57704>.

24 Vgl. Ratification of Russian military base deal provides Tajikistan with important security guarantees, in: Jane's Intelligence Weekly, 1. Oktober 2013.

25 Vgl. Jafar Usmanov, The effects on Tajikistan of security developments in Afghanistan since 2001, in: Security and Human Rights 2/2013, S. 149-158, hier: S. 155.

26 Vgl. ebenda, S. 155-158.

im Vordergrund stand.²⁷ Insgesamt gelang es dem Regime, zweitrangige Aspekte von Sicherheit an externe Akteure auszulagern und sich damit auf die wichtigeren Aspekte zu konzentrieren.²⁸

Produktion von Frames und Praktiken

Usbekistan

Das Karimow-Regime nutzte den Afghanistankonflikt in vielfältiger Weise zur Produktion positiver *Frames* gegenüber der Weltgesellschaft, aber auch gegenüber der eigenen Bevölkerung, mit dem Ziel, innen- und außenpolitische Legitimität für das Regime herzustellen und es damit abzusichern.

Die Darstellung der Außenpolitik Usbekistans ist insgesamt durch eine starke Idealisierung gekennzeichnet, wobei jedoch keine konkreten Beweise für angebliche Erfolge erbracht werden.²⁹ Dieses Phänomen ist mit einem strukturellen Problem zu erklären, das Usbekistan mit vielen anderen kleinen und autoritären Staaten gemeinsam hat: dem Mangel an diskursivem Material zur Produktion positiver *Frames* im Bereich der Außenpolitik. Vor diesem Hintergrund lieferte der Afghanistankonflikt dem Regime wertvolles narratives Material für die Produktion positiver *Frames* und Repräsentationen.

Für ein besseres Kontextverständnis wird im Folgenden zunächst auf die Produktion von *Frames* gegenüber der eigenen Bevölkerung eingegangen.

Die rhetorische Nutzung der Instabilität in Afghanistan lässt sich exemplarisch an einer Rede Islam Karimows aufzeigen, die er am 9. Mai 2014, dem Tag des Gedenkens und der Ehre, einem nationalen Feiertag zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs, hielt:

„Wir wünschen uns Frieden und Stabilität im benachbarten Afghanistan. Usbekistan kooperiert mit Afghanistan auf bilateraler Basis.

An dieser Stelle ist es angebracht, noch einmal zu wiederholen [...] dass unser Volk Frieden und Ruhe braucht. Unser Volk [...] versteht es sehr gut, dass nur in einem Land, in dem Frieden und Ruhe und eine Atmosphäre der Güte und der gegenseitigen Achtung herrschen, Wohlstand erreicht, ein erfolgreiches und glückliches Leben geführt und die besten und edelsten Ziele und Bestrebungen verwirklicht werden können.“³⁰

27 Vgl. Filippo De Danieli, Counter-narcotics policies in Tajikistan and their impact on state building, in: Central Asia Survey 1/2011, S. 129-145.

28 Vgl. Anna Matveeva, Tajikistan: Evolution of the Security Sector and the War on Terror, in: Anja H. Ebnöther/Ernst M. Felberbauer/Martin Malek (Hrsg.), Facing the Terrorist Challenge: Central Asia's Role in Regional and International Co-operation, Wien 2005, S. 133-155.

29 Vgl. Anceschi, a.a.O. (Anm. 16), S. 147-148.

30 Mir i spločennost' – osnova razvitija našej strany i blagosostojanija naroda [Frieden und Solidarität – die Grundlage der Entwicklung unseres Landes und des Wohlergehens unseres Volkes], 9. Mai 2014, unter: <http://press-service.uz/ru/news/4952>. Eine englische Fas-

Zunächst wird implizit die Instabilität in Afghanistan in Erinnerung gerufen. Dies dient als Kontrastfolie für die Herausstellung der eigenen Stabilität, die mit dem Wohlergehen der Bevölkerung verknüpft wird. Ohne explizit zu werden, enthält die Rede einen Appell an die Bevölkerung, die Situation in Usbekistan vor dem Hintergrund des Chaos in Afghanistan zu akzeptieren, damit „Frieden und Ruhe“ gewährleistet werden können.

Afghanistan stellt aber nicht nur auf der innenpolitischen Ebene ein Narrativ für die Produktion legitimierender *Frames* bereit. Noch weitaus stärker lässt sich diese Praxis auf der außenpolitischen Ebene beobachten.

Insbesondere ab der zweiten Hälfte der 2000er Jahre lieferte der Afghanistankonflikt den inhaltlichen Stoff für die Konstruktion von Repräsentationen Usbekistans auf der internationalen Bühne (Generalversammlung der Vereinten Nationen [VN] und NATO-Treffen). Zwar spielten mit Afghanistan verbundene Fragen bereits in den 1990er Jahren in offiziellen Reden eine Rolle; aber erst die Veränderungen im internationalen Diskurs ermöglichten es Usbekistan, Gehör bei der internationalen Gemeinschaft zu finden. In allen in diesem Zusammenhang betrachteten zehn Reden, die von Karimow selbst, dem usbekischen Außenminister oder anderen Kabinettsmitgliedern gehalten wurden, wird auf die Instabilität Afghanistans und die damit verbundenen Gefahren für die Nachbarländer und die internationale Sicherheit hingewiesen. Als Gefahren werden die regionale Ausbreitung von Krieg, Drogenhandel und Extremismus genannt. Das Aufzeigen dieser Gefahren wird dann mit positiv aufgeladenen Repräsentationen Usbekistans verknüpft. Besonders häufig wird auch hier, ähnlich wie auf der innenpolitischen Ebene, die Instabilität Afghanistans mit der eigenen Stabilität kontrastiert und Letztere damit aufgewertet:

- In einer Rede vor der VN-Generalversammlung im Jahr 2011 befasste sich der stellvertretende Premierminister Usbekistans ausführlich mit der wirtschaftlichen Erfolgsbilanz Usbekistans der letzten 20 Jahre, indem er u.a. auf die hohen Wachstumsraten und die politische Stabilität des „usbekischen Modells der Demokratisierung“ verwies. Unmittelbar im Anschluss an diesen Abschnitt hebt er in vier Absätzen die Instabilität Afghanistans und die Notwendigkeit zur Konfliktlösung hervor: „Und [...] die Lage bleibt trotz aller Maßnahmen, die nun von der internationalen Gemeinschaft unternommen werden, angespannt.“³¹
- Präsident Karimow widmete den ersten Teil seiner Rede vor der VN-Generalversammlung im September 2010 dem Afghanistankonflikt und

sung der Rede findet sich unter dem Titel „Building on Peace and Cohesion in the National Advancement and Prosperity“, 9 May 2014, in: Uzbekistan National News Agency, 10. Mai 2014, unter: <http://www.uza.uz/en/society/building-on-peace-and-cohesion-in-the-national-advancement-and-prosperity-10.05.2014-4091>.

31 Address by H.E. Mr. Elyor Ganiev, Deputy Prime Minister, Minister of Foreign Affairs of the Republic of Uzbekistan at the 66th Session of the UN General Assembly, New York, 26. September 2011, unter: http://gadebate.un.org/sites/default/files/gastatements/66/UZ_en.pdf.

möglichen Lösungsvorschlägen. Am Ende der Rede verweist er auf den Erfolg des usbekischen Modells, den er anhand der Kriterien des *Human Development Index* (HDI) bemisst: „Unser eigenes Demokratisierungsmodell, der Übergang zu einer sozial ausgerichteten freien Marktwirtschaft [...] war die Grundlage dieser Erfolge.“³²

Das Narrativ des stabilen Staates konnte zumindest bis zu den Ereignissen in Andischan durch die Verfolgung des sogenannten „religiösen Extremismus“ auch auf praktischer Ebene glaubhaft untermauert werden. Dies betraf zum einen tatsächliche terroristische Gruppen, wie z.B. die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU), weswegen sich Usbekistan auch auf die Unterstützung der USA verlassen konnte. Der innenpolitische „Kampf gegen den Terrorismus“ wurde dabei zum anderen aber auch immer wieder für die Bekämpfung jedweder Opposition im Land genutzt. Nach Andischan konnte die Bekämpfung des innenpolitischen Extremismus zwar nicht mehr dazu genutzt werden, sich als Stabilitätsanker zu präsentieren, andere Praktiken boten jedoch weiterhin diese Möglichkeit, so z.B. die Verlängerung der Betriebserlaubnis für den „Strategischen Lufttransportstützpunkt“ der Bundeswehr.

Der Afghanistankrieg bot Usbekistan aber auch die Möglichkeit, sich als „echter Mitspieler“ in den Bemühungen um eine Befriedung des Landes sowie als Kooperationspartner des Westens zu präsentieren. In der großen Mehrzahl der hier untersuchten Reden wird die Situation in Afghanistan analysiert und es werden Vorschläge für das weitere Vorgehen gemacht. Neben dem Aufruf zu einer nichtmilitärischen Lösung heben Karimow und seine Stellvertreter dabei stets ein Modell besonders hervor: die „Sechs-plus-drei-Initiative“. Diese knüpft gedanklich an die informelle „Sechs-plus-zwei-Gruppe für Afghanistan“ an, in der sich bis 2001 die Anrainerstaaten Afghanistans sowie die USA und Russland mit der Situation in Afghanistan befassten. Gerade weil dieses Modell bislang nicht umgesetzt wurde, bietet es Usbekistan die Gelegenheit, sich als proaktives Mitglied der Weltgemeinschaft zu präsentieren, das eigene Vorschläge für die Lösung des Afghanistankonflikts liefert. Usbekistan betonte in diesem Zusammenhang auch seine Kooperationsbereitschaft: Nur dreieinhalb Jahre nach Andischan unterstrich Karimow auf dem Gipfeltreffen der NATO und des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) 2008 in Bukarest Usbekistans Willen zur Kooperation mit dem Westen.³³ Ein weiteres Element der Bemühungen, sich als Friedensakteur zu präsentieren, ist die Unterstützung des Wiederaufbaus Afghanistans: „Usbekistan leistet heute umfassende Hilfe zur Wiederherstellung ei-

32 Vystuplenie Prezidenta Respubliki Uzbekistan Islama Karimova na plenarom zasedanii sammita OON „Celi razvitiya tysjačletija“ [Rede des Präsidenten der Republik Usbekistan Islam Karimov auf der Plenarsitzung des UNO-Gipfels zu den Millenniums-Entwicklungszielen], 20. September 2010, unter: <http://press-service.uz/ru/news/1146/>.

33 Vgl. Address by President of the Republic of Uzbekistan H.E. Mr. Islam Karimov at the NATO/EAPC Summit (Bucharest, April 3, 2008), 4. April 2008, unter: <http://www.un.int/wcm/content/site/uzbekistan/cache/offonce/pid/8471;jsessionid=D4DB156AEDC8095277FF427EE4A2D61>.

nes friedlichen Lebens in Afghanistan. Diese besondere Unterstützung, die dem Nachbarland bereits seit einiger Zeit zuteilwird, umfasst den Bau von Brücken und Autobahnen, der strategisch wichtigen Eisenbahnstrecke Hairatan-Mazar-i-Sharif [...] sowie die ununterbrochene Versorgung Kabuls mit Strom.³⁴ Tatsächlich hat Usbekistan sich am Bau von elf Brücken sowie der genannten Eisenbahnlinie beteiligt.³⁵ Diese Gelegenheiten, sich als friedensschaffender und stabilitätsorientierter Akteur zu präsentieren, sind für Usbekistan besonders wertvoll, da die außenpolitischen Praktiken gegenüber seinen vier zentralasiatischen Nachbarn wenig Stoff für eine positive Darstellung bieten.

Ein letztes Element, das gemeinsam mit dem Verweis auf Afghanistans Instabilität immer wieder auftaucht, ist die Forderung nach Achtung der Souveränität. Die Zurückweisung internationaler Einmischung in die inneren Angelegenheiten kleiner autoritärer Staaten ist wirksamer, wenn solche Forderungen nicht alleine stehen, sondern mit einem positiven Bild des betreffenden Staates oder einem Verweis auf dessen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft kombiniert werden. In seiner Rede auf dem NATO/EAPR-Gipfel von 2008 bot Karimow zuerst seine Kooperation im Rahmen des NDN an, wies eine Einmischung in seine Angelegenheiten jedoch sogleich zurück: „Gleichzeitig muss das souveräne Interesse an der Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Gesetzgebung unseres Landes respektiert werden.“³⁶ Das NDN berührt zwar keine Fragen der Souveränität, steht aber für ein wichtiges „Gut“, das Usbekistan der ISAF anbieten kann. Damit erinnert es ebenso an die Machtressourcen, über die Usbekistan gegenüber der ISAF verfügt. Vor der VN-Generalversammlung im Jahre 2006, also unmittelbar nach den Ereignissen in Andischan, stand die Forderung nach Souveränität sogar im Vordergrund, als der usbekische Außenminister im ersten Punkt seiner Rede eine Reform der VN forderte, die die „souveräne Gleichheit und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ sicherstellt.³⁷ Allerdings wird in der Rede nur indirekt auf Afghanistans Instabilität hingewiesen, und Usbekistans potenzieller Beitrag zur Stabilisierung wird gar nicht erwähnt. In der Rede des Außenministers im Jahr 2012 standen die Afghanistanproblematik und Usbekistans Beitrag zur Stabilisierung hingegen im Vordergrund, am Ende der Rede wird eine Einmischung externer Mächte in die Angelegenheiten Zentralasiens zurückgewiesen.³⁸

34 Abdulaziz Kamilov, zitiert nach: Uzbek Foreign Minister addresses UN General Assembly, UzDaily, 29. September 2012, unter: <http://www.uzdaily.com/articles-id-20305.htm>.

35 Vgl. Nargis Kassenova, Relations between Afghanistan and Central Asian States after 2014. Incentives, Constraints and Prospects, Stockholm 2014, S. 8.

36 Karimov, a.a.O. (Anm. 33).

37 Statement by H.E. Mr. Vladimir Norov, Minister of Foreign Affairs of the Republic of Uzbekistan, at the General Debates of the 61st Session of the United Nations General Assembly, New York, 25. September 2006, unter: <http://www.un.org/webcast/ga/61/pdfs/uzbekistan-e.pdf>.

38 Vgl. Kamilov, a.a.O. (Anm. 34).

Tadschikistan

Die Instabilität Afghanistans spielt auch in Tadschikistan eine Rolle bei der Produktion von *Frames*. Auf der internationalen Ebene zeigt sich jedoch, dass Afghanistan nur eines von vielen Narrativen ist.

In den Reden der Vertreter Tadschikistans vor der VN-Generalversammlung dominiert sowohl quantitativ als auch qualitativ das Wasserproblem in Zentralasien. Allerdings gibt es auch hierbei zahlreiche Verknüpfungen mit Afghanistan. So möchte Tadschikistan beispielsweise mit dem Neubau eines Staudamms vor allem Strom produzieren und diesen nach Afghanistan exportieren. Gleichzeitig präsentiert sich die Regierung mit Hilfe der Wasserproblematik als ein proaktiver Akteur, der ein Interesse an der Stabilität der Region, einschließlich Afghanistans, hat.

Eine direkte Verknüpfung zwischen der Instabilität in Afghanistan auf der einen und der eigenen Stabilität – und dem damit verbundenen Pochen auf Nichteinmischung des Westens – auf der anderen Seite lässt sich hingegen nicht beobachten. Ein Grund hierfür könnte die größere Abhängigkeit Tadschikistans von westlichen Partnern wie z.B. der OSZE sein. Dies wiederum könnte dazu führen, dass es tadschikischen Politikern schwerer fällt, sich auf der internationalen Bühne gegen internationale Einmischung und Demokratisierungsdruck auszusprechen.

Hingegen werden die mit Afghanistan verbundenen Probleme explizit dazu genutzt, um internationale Unterstützung zu werben, wie sich beispielhaft in einem Fernsehinterview mit Präsident Emomali Rachmon zeigt, das vom Fernsehsender *euronews* ausgestrahlt wurde: „Das große Problem ist der Drogenschmuggel. Die zuständigen Behörden in der Republik Tadschikistan und in der Islamischen Republik Afghanistan arbeiten zusammen, um ihn sowohl an den Grenzen als auch in Innern Afghanistans zu bekämpfen, aber wir brauchen Hilfe von der internationalen Gemeinschaft.“³⁹

Schlussfolgerung

Der Afghanistankonflikt, die internationale Aufmerksamkeit und das Interesse westlicher Mächte haben die Möglichkeiten beider Regime zur *patron alliance manipulation* und zur Produktion positiver Repräsentationen verbessert. Auf Grund seiner eigenen Stärke konnte Usbekistan hiervon in besonderem Maße profitieren. Aber auch Tadschikistan ist es gelungen, seine Schwäche und seine Abhängigkeit in Vorteile umzuwandeln. Beiden Regimen ist es u.a. mit Hilfe dieser beiden Techniken gelungen, ihre Position zu stabilisieren

39 President Emomali Rahmon: There is no short-cut to democracy, Interview mit Emomali Rachmon, 30. März 2012, unter: <http://www.euronews.com/2012/03/30/president-emomali-rahmon-there-is-no-short-cut-to-democracy>.

und Demokratisierungsdruck abzuwehren. Insofern kann vom Afghanistankonflikt als einer Machtressource für die Regime gesprochen werden.

An diesen Befund schließt sich die Frage an, inwieweit eine Veränderung der Lage in Afghanistan Auswirkungen auf die Extraversionstrategien der Regime und damit eventuell auch auf ihre Stabilität hätte. Während eine Befriedung Afghanistans als eher unwahrscheinlich gilt, ist die Wahrscheinlichkeit einer Feudalisierung, bei der sich eine schwache Zentralregierung die Macht mit lokalen „Feudalherren“ teilt, deutlich höher. Ein nachlassendes Interesse der Großmächte infolge solch einer „prekären“ Stabilisierung würde sich auch auf die Extraversionschancen in Zentralasien auswirken, insbesondere dann, wenn das Interesse der USA nachließe und andere Konflikte ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit rücken würden.